

Den Rauchstopp wagen

- ✓ St.Gallen, Sargans, St.Gallenkappel
- ✓ 3 x 3 Stunden
- ✓ In kleiner Gruppe

lungenliga.ch/rauchstopp-sg

LUNGENLIGA
ST.GALLEN-APPENZEL



«Jeder Beitrag ist besser als keiner»

Pensionskasse Im St. Galler Kantonsrat zeichnet sich Widerstand gegen die Sanierung der Pensionskasse des Staatspersonals ab: Der Kanton soll ein Loch von 200 Millionen Franken stopfen. Der ehemalige Finanzchef Martin Gehrer stellt sich hinter die Zahlung.

Silvan Lüchinger
silvan.luechinger@tagblatt.ch

Martin Gehrer, wie war das genau mit dem ominösen Versprechen an die Staatsangestellten?

Ich habe damals in der vorbereitenden Kommission und im Parlament gesagt, dass sich der Kanton seiner Verantwortung als Arbeitgeber bewusst sei und notfalls nachfinanzieren müsse. Dies nach Rücksprache mit der Regierung und im Namen der Regierung.

Es gab schon damals Warnungen, der technische Zinssatz sei mit 3,5 Prozent zu hoch angesetzt.

Das stimmt: Die vorbereitende Kommission hatte seinerzeit drei BVG-Experten angehört. Alle bewerteten die 3,5 Prozent als unrealistisch hoch und rieten zu einem Zinssatz von maximal 3 Prozent und damit zu einer höheren Ausfinanzierung.

Wie viel mehr hätte das gekostet?

Alles in allem hätte die Ausfinanzierung dann etwa 200 Millionen Franken mehr gekostet. Das erschien der bürgerlichen Mehrheit zu viel. Man befürchtete, das an der Urne nicht durchzubringen.

Hätte die Nachschusspflicht des Kantons nicht ins Gesetz gehört?

Das wäre im Kantonsrat chancenlos gewesen. Dann hätte man die Pensionskasse gleich von Anfang so ausfinanzieren können, wie dies die BVG-Experten empfahlen. Ich habe deshalb an die Verantwortung des Kantons als Arbeitgeber appelliert.

Jetzt, wo rundherum die Rentenleistungen sinken, will die Regierung erneut 200 Millionen in die Pensionskasse des Staatspersonals einschiesnen. Mangelt es ihr an Fingerspitzengefühl?

Nein. Die Regierung setzt mit der jetzigen Vorlage um, was sie damals als Absichtserklärung formulierte: Wenn der technische Zins, wie von den BVG-Experten vorausgesagt, auf 3 Prozent sinken sollte, dann soll der Kanton dies korrigieren und die ursprünglich «eingesparten» Mittel nachträglich in die PK einschiesnen.

Eine Absichtserklärung schafft keinen rechtsverbindlichen Anspruch.

Das ist richtig – aber ein moralischer Anspruch besteht meines Erachtens. Die



Martin Gehrer, Alt-Regierungsrat.

Bild: Benjamin Manser

Mitarbeiter zahlen während der letzten fünf Jahre ein Lohnprozentsätzlichendes zu Gunsten der Übergangsgeneration und der Rentner. Man sollte jetzt nicht wieder die Jungen für die Alten zahlen lassen. Für mich ist das keine Frage von rechts oder links, beziehungsweise von bürgerlich oder Personalverbänden, sondern von Treu und Glauben und von Fairness gegenüber den Angestellten.

Kritiker monieren, solche Übungen könne sich nur der Staat leisten.

Es gibt auch Privatunternehmen, die in der Dienstleistungsbranche, die Unter-

deckungen in der Pensionskasse zu ihren Lasten ausgleichen. Zudem geht es um die Ausfinanzierung auf einen Deckungsgrad von 100 Prozent. Eine Schwankungsreserve ist nicht vorgesehen. Und es ist zu berücksichtigen, dass sich der Kanton damals mit der Ausfinanzierung seiner Staatsgarantie entledigen konnte. Er ist also nicht schlecht weggekommen.

Etwa ein Drittel der Versicherten sind Lehrer, also eigentlich Gemeindeangestellte. Warum rumort es dort nicht?

Weil die Gemeinden schadlos wegkommen. Sie haben an die erste Ausfinanzierung nichts beigetragen und werden auch diesmal nicht belastet. Der Kanton trägt die Kosten allein. Eigentlich müssten sich also alle Gemeinden in ihrem eigenen Interesse für die nachträgliche Vollauffinanzierung einsetzen. Davon spüre ich aber nichts.

Wer sagt denn, dass in ein paar Jahren nicht ein nächstes Begehren kommt?

Für mich ist klar: Mit der Leistung von nochmals 200 Millionen Franken hat der Kanton seine Pflichten erfüllt. Da-

nach muss die Kasse selbsttragend sein. Wird später eine Sanierung nötig, müssen auch die Versicherten mittragen. Zum Beispiel, indem sie nach einer Senkung des Umwandlungssatzes eine tiefere Rente erhalten oder indem ihr Altersguthaben zu einem tieferen Satz verzinst wird.

Was passiert, wenn der Kantonsrat die Ausfinanzierung ablehnt?

Der Deckungsgrad wird weiter sinken. Der Stiftungsrat wird ein Sanierungspaket erarbeiten müssen. Daran haben sich die Arbeitnehmer mit rund 50 Prozent zu beteiligen. Der Kantonsrat hat dazu nichts zu sagen. Die Zuständigkeit liegt beim paritätisch zusammengesetzten Stiftungsrat.

Haben Sie Verständnis dafür, dass die Staatsangestellten auf die Strasse gehen?

Von solchen orchestrierten Aktionen halte ich wenig. Sie manifestieren eine Kluft zwischen Parlament und Personal und verhärtet die Fronten. Ich appelliere an eine faire Sozialpartnerschaft. Vielleicht findet sich dann ja ein Kompromiss. Jeder Betrag wäre besser als gar keiner.

Lehrer wehren sich gegen «Schmarotzer-Vorwurf»

Unzufriedenheit Es sei keineswegs so, dass sich die St. Galler Lehrerinnen und Lehrer auf Kosten der Steuerzahler ihre Pension «vergolden» liessen, sagt Hansjörg Bauer, Co-Präsident des Kantonalen Lehrerinnen- und Lehrerverbands. Die Kasse sei vielmehr «wider besseres Wissen» unter absolut schlechten Voraussetzungen ausfinanziert worden. Bauer erwähnt den zu hohen technischen Zinssatz. «Experten warnten damals davor, die Pensionskasse unter diesen Bedingungen in die Selbstständigkeit zu entlassen. Doch die Politikerinnen und Politiker wollten es nicht hören.» Die umstrittene 200-Millionen-Einlage zur erneuten Sanierung der Pensionskasse sei daher keine neue und auch keine überraschende Forderung, sagt Bauer. «Sie sind dem damaligen Fehlentscheid geschuldet. Die Folgen davon haben uns nun eingeholt.»

Bauer wehrt sich auch dagegen, dass die Ursachen der erneuten Einlage für die Pensionskasse mit den Folgen der demografischen Entwicklung vermischt werden. «Wir werden deswegen heute stärker zur Kasse gebeten. Wir leisten Zusatzbeiträge, um die Folgen der demografischen Entwicklung aufzufangen und abzufedern. Dagegen wehren wir uns auch gar nicht. Wohl aber gegen den Vorwurf des Schmarotzertums. Davon kann keine Rede sein.»

Lehrer schliessen sich Kundgebung an

einzuhalten; «Treu und Glauben sind wichtige Eckpfeiler unseres Rechtssystems», heisst es weiter (siehe Text oben und Ausgabe vom 31. März). Der Lehrerverband unterstützt nicht nur die Resolution, er ruft seine Mitglieder auch dazu auf, zahlreich an der Kundgebung vom 20. April in der St. Galler Innenstadt teilzunehmen. Die Personalverbände wollen damit ihren Unmut auf die Strasse tragen – als Zeichen der «allgemeinen Unzufriedenheit» der gut 22 000 Staatsangestellten.

Damit noch nicht aus dem Schneider

Mit den 200 Millionen Franken sei die Pensionskasse «keineswegs aus dem Schneider, aber die Lage wäre entschärft», so Bauer. Es seien weitere Sanierungsmassnahmen notwendig. Die Kasse bleibe auch mit der erneuten Einlage in Unterdeckung. «Es kann daher keine Rede davon sein, die Staatsangestellten liessen sich ihre Pensionskasse auf Kosten der Steuerzahler sanieren.»

Die Finanzkommission des Kantonsparlaments lehnt die 200-Millionen-Einlage ab. Die Fraktionen beraten das Geschäft erst noch. Wie gross schätzt der Co-Präsident des Lehrerverbands die Chancen ein, dass das Parlament in der Aprilsession dem Vorschlag der Regierung zustimmt? «Ich bin Realist. Wertschätzung erfolgt meistens verbal. Wenn Taten folgen sollen, warten wir meistens lange.» Die Pensionskasse der St. Galler

